

Vorlage Nr.: 2023/0963

Eingang: 22.08.2023

Verhandlungen mit der evangelischer Kirche Karlsruhe aufnehmen: Gemeindehäuser für die Stadtteile erhalten

Antrag: SPD

Gremium	Termin	Öffentlichkeitsstatus	Zuständigkeit
Gemeinderat	19.09.2023	öffentlich	Kenntnisnahme
Hauptausschuss	17.10.2023	öffentlich	Beratung

1. Die Stadtverwaltung geht frühzeitig mit der evangelischen Kirche Karlsruhe über ihre zukünftig freiwerdenden Liegenschaften und Grundstücke in Verhandlungen. Das Hauptziel dieser Gespräche ist es, die Standorte der Gemeindezentren zu erhalten und sie in Stadtteilzentren und / oder in andere dringend benötigte soziale Einrichtungen umzuwandeln. Es wird angestrebt, der evangelischen Kirchengemeinde die Möglichkeit einzuräumen, die Räumlichkeiten gegen eine angemessene Gebühr für ihre gemeindliche Arbeit mitzunutzen.

2. Im Bestreben nach wirtschaftlicher Effizienz beabsichtigt die Stadtverwaltung, die sozialen Einrichtungen möglichst effektiv durch Kombination mit Wohngebäuden und kleineren Gewerbeeinrichtungen zu nutzen und auf diese Weise eine Querfinanzierung zu erreichen. Die Entwicklung der Flächen könnte gegebenenfalls an städtische Tochtergesellschaften oder andere Bauträger übertragen werden, sofern diese sich der Zielsetzung der Entwicklung verpflichten.

Begründung

Nicht nur die christlichen, sondern auch die vielen anderen Glaubensgemeinschaften fördern das Karlsruher Stadtleben durch die Bereitstellung von Gemeindezentren. Diese Räumlichkeiten dienen nicht nur kirchlichen Aktivitäten, sondern werden auch Vereinen, Institutionen und Privatpersonen zu in der Regel niedrigen Mieten überlassen. Auf diese Weise leisten sie einen bedeutenden Beitrag zur Förderung des sozialen Zusammenhalts in den verschiedenen Stadtteilen.

Angesichts der finanziellen Herausforderungen der evangelischen Kirche in Karlsruhe sieht sie sich gezwungen, mittelfristig mehrere Gemeindehäuser aufzugeben. Auch die katholische Kirche wird in Zukunft weitere Gemeindezentren aufgeben müssen. In diesem Kontext appellieren wir an die Stadtverwaltung, Verhandlungen über die freiwerdenden Gebäude und Grundstücke aufzunehmen, mit dem Ziel, die Gemeindezentren in modifizierter Form für die Stadtteile zu erhalten. Zum Beispiel könnten die freiwerdenden Räumlichkeiten unter anderem als Kindertagesstätten umfunktioniert werden.

Dieser Ansatz soll sicherstellen, dass die gewachsenen sozialen Strukturen, die sich in und um die Gemeindehäuser gebildet haben, weitgehend unverändert fortbestehen können. Im Sinne einer gleichberechtigten Partnerschaft wäre es wünschenswert, den örtlichen evangelischen Pfarrgemeinden die Möglichkeit zur Mitnutzung der Räumlichkeiten für ihre kirchlichen Aktivitäten zu gewähren.

Unterzeichnet von:
Yvette Melchion
Dr. Anton Huber